

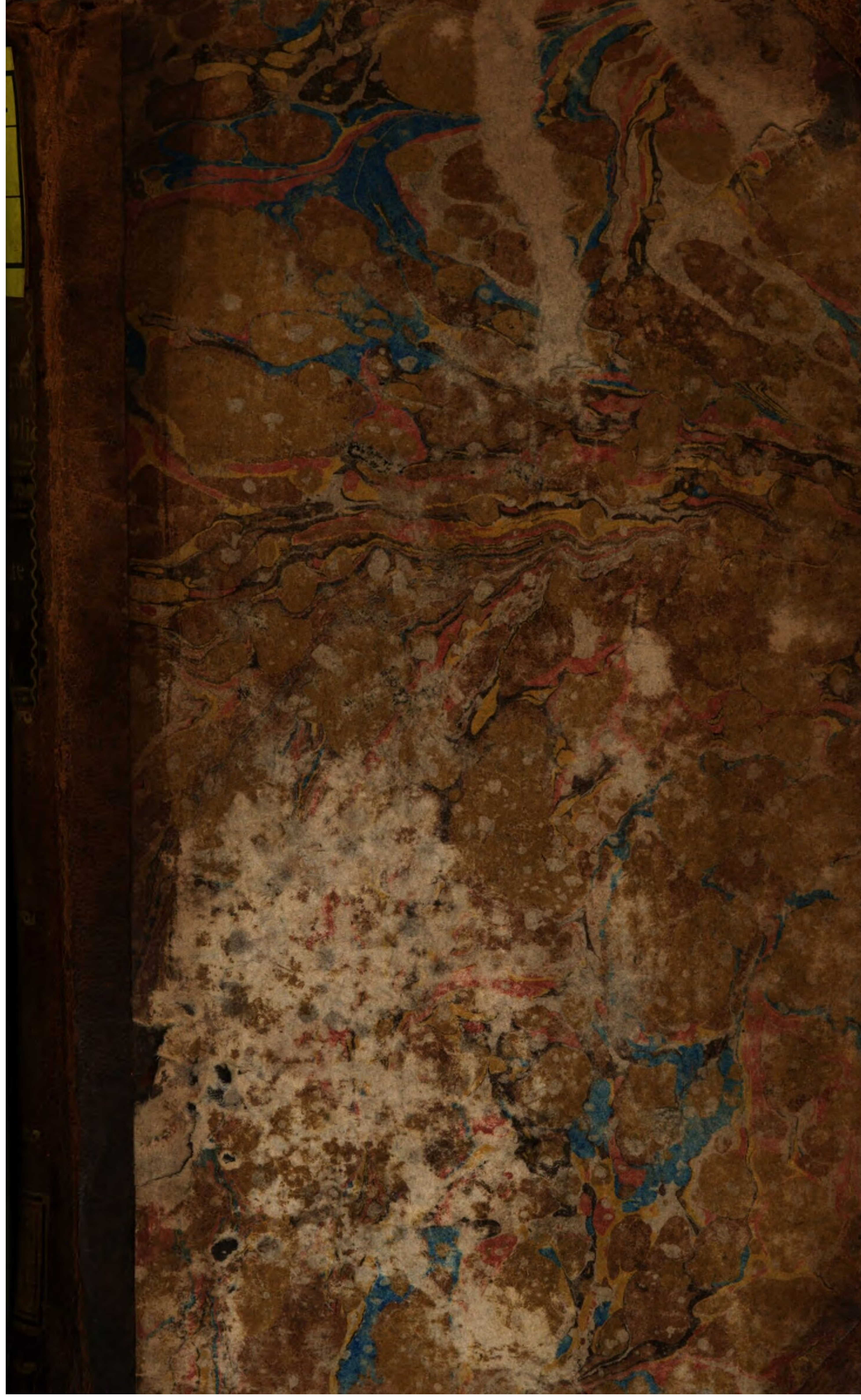
Jug pub. 1016. a.

1016. a.

Pr

7. Pbl. gem. 745

Kord



V e r s u c h

e i n e r A b h a n d l u n g

über den

Rechtsgrund der kaiserlichen Reser-
vatrechte

und

über die Frage:

Ob das Recht, Messen anzulegen, ein
kaiserliches Reservatrecht sey?

von

X a v e r H ö r l,

der Rechte Licentiaten.

L a n d s h u t,

bei Philipp Krüll, Universitätsbuchhändler.

1 8 0 2.

115



Mit Drukfreiheit der Juristen - Fakultät zu Landshut.
Sign. den 11. Sept. 1802.

Lict. Lichtenstern,
Universitäts - Notarius.

An den Leser,

Diese kleine Abhandlung wurde von mir zur Zeit geschrieben, als ich von der akademischen Laufbahn abtreten sollte. Kein billiger Mann wird mir verargen, einen schwachen Versuch gewagt zu haben, durch welchen ich — weit entfernt von dem Wahne, geprüfte Mannesarbeit zu liefern — nur zu zeigen wünschte, mein Daseyn auf der Universität sey nicht ganz fruchtlos gewesen.

Ich bin überzeugt, die Bearbeitung eines Gegenstandes aus dem teutschen Staats - Rechte fordre vieles Studium, und die Vergleichung der wichtigsten Arbeiten großer Publizisten:

IV

doch hoffe ich, man werde auch in diesem schwachen Versuche mein Streben nicht misskennen, den Gegenstand von einer richtigen Ansicht darzustellen. Kann auch mein erstes Erscheinen in der literarischen Sphäre nicht allen Wünschen prüfender Männer entsprechen, so ist doch eben dieses Unbefriedigende nur das Resultat der schwachen Kräfte eines jungen Mannes, welcher sich noch nicht zur Höhe reifer Kenntnisse emporzuschwingen konnte; und die Hoffnung, mit der ich mir eben deswegen vom Kenner und Freunde des Wahren schmeicheln darf, ist — Nachsicht für dieses kleine Denkmal akademischer Sitte.

Universität Landshut im September 1802.

Kurze Uebersicht:

§. 1. Staateneinheit, und

§. 2. Staatentrennung sind die beiden Prinzipien, auf welche Teutschlands Verfassung gebaut ist.

Sie sind sich subordinirt, und daraus lassen sich die Grenzen der Reichs- und landesherrlichen Gewalt im Allgemeinen bestimmen.

§. 3. Die Rechte des Kaisers sind entweder wesentliche, die er als Organ des Gemeinwillens von Teutschland, an den Konsens der Stände gebunden, ausübt — Reichshoheits- Rechte, oder

§. 4. Zufällige

a) im Gegenfaze der Komitial- Geschäfte, wo der Kaiser ohne Konsens der Stände allein handelt,

VI

b) im Gegensatze der Landeshoheit, die in der Landeshoheit enthalten seyn könnten, aber aus speziellen Gründen vom Kaiser ausgeübt werden.

Beide zusammen heißen kaiserliche Reservatrechte.

§. 5. Geschichte der Reservatrechte im Allgemeinen nach den Westphälischen Friedens - Traktaten.

§. 6. Worin liegt der rechtliche Grund der Reservatrechte im Gegensatze der Landeshoheit? — Die deutschen Staatsrechtslehrer giengen bisher bey Behandlung derselben von einem unrichtigen Gesichtspunkte aus.

§. 7. Geschichte der Reservatrechte im Gegensatze der Landeshoheit.

§. 8. Pütter fodert zu einem Reservatrechte zwey Eigenschaften:

a) daß es älter sey, als die Landeshoheit,

b) ein Recht sey, dessen Wirkungen sich nicht auf Ein teutsches Territorium beschränken, sondern sich auf ganz Teutschland, oder wenigstens auf mehrere Territorien erstrecken.

VII

Diese scheint Hypothese zu seyn; denn

§. 9. a) die Geschichte ist hier ein äußerst trügerlicher Beweis,

§. 10. b) bleibt es immer ein Problem, wann die Landeshoheit entstanden sey; kein Publizist hat es noch gelöst.

§. 11. Auch nach entstandener Landeshoheit könnte ein Recht durch Reichs - Gesetze kaiserliches Reservatrecht geworden seyn. Das Alter ist kein Rechtsgrund desselben. Sein rechtlicher Grund kann nur in Grundgesetzen und Herkommen liegen.

§. 12. Die Reichsstände haben mit der Landeshoheit den Inbegriff aller Hoheitsrechte erhalten, die die Staatsgewalt konstituieren.

§. 13. Daher streitet für den Landesherrn die Vermuthung bey einzelnen Rechten.

§. 14. Die kaiserlichen Reservatrechte sind also nur Ausnahmen von der Landeshoheit, und ihr Grund können nur Reichsgesetze und gültiges Herkommen seyn.

§. 15. Was aber diese als Reservatrecht erklären, bleibt solches, es mag vor oder nach der Lan-

VIII

deshoheit entstanden seyn, auf einzelne Länder

oder das ganze Reich sich erstrecken,

Ueber die Frage:

Ob das Recht, Messen anzulegen, ein kaiserliches Reservatrecht sey.

§. 16. Ursprung des Handels a) des innern,

§. 17. b) des äußern.

§. 18. Mit der Zunahme der Handlung entstehen Messen.

§. 19. Sie sind nützlich in Hinsicht des innern, fordern Behutsamkeit in Rücksicht des äußern Handels.

§. 20. Handlungsfreyheit der Völker nach allgemeinen Grundsätzen.

§. 21. Dem Regenten steht nach dem allgemeinen Staatsrechte das Recht zu, Messen anzulegen.

§. 22. Allein in einem positiven Staate, vorzüglich bey der teutschen Staatsverfassung, treten einschränkende Modifikationen für dieses Recht ein. Allgemeines Staatsrecht ist nur mittelbare Quelle des teutschen.

§. 23. Die Frage: Wem in Teutschland das Recht gebühre, Messen anzulegen, war immer streitig. Die ältern Publizisten hielten dieses Recht ausschließlich für ein kaiserliches Reservatrecht. Die neuern aber unterscheiden feierliche und nicht feierliche Messen. Nähern Aufschluß giebt die Geschichte dieses Rechts.

§. 24. Die alten Teutschen kannten keine Messen. Später wurden sie erst in einigen Theilen Teutschlands von den Römern angelegt, unter den Merovingern fortgesetzt und vermehrt, und unter Karl dem Grossen noch allgemeiner.

§. 25. Auf selben wurde von dem Kaiser Gerichtsbarkeit ausgeübt, Zölle gefodert, Münzen geprägt, und andere Vortheile bezogen.

§. 26. Sie wurden grösstentheils an kaiserlichen Höfen gehalten.

§. 27. Nebst diesen ordentlichen Messen gab es auch zur Zeit der Reichstage und Turniere ausserordentliche, die eben so vom Kaiser abhiengen;

§. 28. Bis allmählig, besonders nach erlangtem Stadtrecht und anderen Privilegien, dieses Recht auf die Stände übergieng.

XI

§. 29. Zur Realisation des Zwekes der Messen mußte zu den Zeiten des Faustrechtes für die Handelsleute ein sicheres Geleit vom Kaiser erholt werden; aber die kaiserliche Macht war zu schwach; man mußte also das nämliche Geleit bey den Ständen selbst nachsuchen — und wir finden ietzt viele Messen von Landesherren angelegt.

§. 30. Die Verschiedenheit der kaiserlichen und landesherrlichen Messen wurde durch den Westphälischen Frieden aufgehoben.

§. 31. Die Staatsrechtslehrer unterscheiden zwischen feierlichen und nicht feierlichen Messen, (Jahrmärkten) jene rechnen sie zu den kaiserlichen Reservatrechten, diese zu den Landeshoheitsrechten; allein ihre Unterscheidungsmerkmale sind ohne Grund.

§. 32. Weder die Ausdehnung der Geschäfte,

§. 33. Noch der Zusammenfluß von Fremden,

§. 34. Noch die vom Kaiser einzelnen Messen verliehenen Privilegien begründen einen Unterschied zwischen feierlichen und nicht feierlichen Messen.

§. 35. Das Recht, Messen anzulegen, ist ein landesherrliches Recht, und

§. 36. Der Landesherr kann alle dabey nöthigen und nützlichen Anstalten treffen;

§. 37. aber unter verschiedenen Beschränkungen

a) in Hinsicht einzelner Privilegien, die in frühern Zeiten einigen Messen vom Kaiser verliehen wurden;

§. 38. b) in Rücksicht des Unterthansnexus, in dem ein Landesherr gegen das Reich steht.

§. 39. Der Unterschied zwischen feierlichen und nicht feierlichen Messen ist also unrichtig, und das Gesuch um kaiserliche Bestätigung der landesherrlichen Messen bloße Formalität.

§. 1.

Die Rechte der obersten Gewalt in Teutschland können nur aus dem Prinzip der Einheit des teutschen Staats beurtheilt werden. Der Geist der teutschen Reichsverfassung ist: Teutschland ist Ein Staat. Wir haben eine gemeinsame oberste Gewalt, einen gemeinsamen Richter in den höchsten Reichsgerichten, gemeinsame Grundgesetze für Staatsverhältnisse; die Reichsstände für ihre Person sowohl, als in Rücksicht ihrer obersten Gewalt sind einer höhern Staatsgewalt unterthan, selbst die Landesherren in ihren Territorien müssen bey einer Klage der Unterthanen Partei werden. Unverkennbar ist die Einheit des teutschen Staats bey Reichsgesetzen, die absolut gebieten oder verbieten; sichtbar ist sie in allen Angelegenheiten, die Teutschland als Einen Staatskörper angehen, z. B. bey Reichskriegen, Gränzberichtigungen; unverkennbar ist sie auch bey dem Verbot der Selbsthülfe unter den Reichsständen, so wie der Hindernisse des freyen Handels. Die einzelnen Staaten in

Teutschland hängen nicht durch einen Staatenbund zusammen, Staateneinheit, nicht Staatenbund, existirt in Teutschland. Mag auch Politik und Gewalt schon öfters diese Einheit zerstört, und das Gegentheil bewirkt haben; mag auch Teutschlands Verfassung durch Zusammenwirkung mehrerer Umstände (*facto*) sich einem Staatenbunde *a)* zu nähern scheinen; so überzeugen uns doch Reichsgrundgesetze, und der Geist der teutschen Verfassung, dafs es sich in rechtlicher Hinsicht (*iure*) keineswegs so verhalte.

§. 2.

Jeder Theil des teutschen Staates hat aber wieder seine eigene höchste Gewalt, eigene Grundgesetze und Anstalten; und dies ist die zweite Maxime, auf welche die Regierung der einzelnen Theile Teutschlands gebaut ist — Staatentrennung. Dieser zufolge hat jedes Land

a) Staatsarchiv v. geheim. Justizrath Häberlin. Achter Band. Neunundzwanzigst. Heft. I. Abh. Vorschläge, wie die minder mächtigen Stände in Schwaben, Franken und am Rhein durch einen freywilligen Schritt die Inkonvenienzen einer Theilung Teutschlands verhüten, oder doch vermindern können.

a) Seine eigne höchste Gewalt, und wird in vielen Ländern als ein auswärtiger Staat angesehen, z. B. in Rücksicht des Indigenats, Nachsteuer.

b) Es sind so viele Indigene, als deutsche Länder sind.

c) Jedes Land hat seine eigne Gesetzgebung und besonderes Staatsrecht.

d) Jeder Landesherr übt gegen benachbarte deutsche Staaten das Retorsionsrecht aus.

e) Gegen auswärtige Staaten hat der Landesherr die Rechte eines freyen unabhängigen Volkes.

Wir haben also zwey sich in der Regel subordinirte Gewalten, a) deren Koordination nur Anomalie ist. Kein Einwohner Deutschlands hört auf, Reichsbürger zu seyn, weil er Unterthan eines Landesherrn ist. Deutschland ist Ein Staat; hier haben wir Staatseinheit als oberstes Prinzip, also die Reichshoheit als allein wirksam, und in allen Punkten, wo die Staatseinheit wirken kann, muß sie wirken. Da, wo bloß die Reichsgesetze entscheiden, ist der Reichsbürger der Reichshoheit unterthan, da entscheidet nicht Landeshoheit. b) Alle Hö-

a) Hofrath und Prof. Gönner Handbuch des t. gemeinen Processes, III. B. S. 35 u. 39.

b) Gönner im angef. Werke. S. 38.

heitsrechte, die zur obersten Gewalt im Staate gehören, sind nothwendig in der Reichshoheit enthalten. Da nun der Kaiser als Monarch alle Hoheitsrechte ausübt, so werden dergleichen Rechte kaiserliche Rechte genannt. Wo immer das Reich in Gesamtheit betrachtet wird, kann keine oberste Gewalt thätig seyn, als die Reichsgewalt, und diese muß durch den Kaiser wirken. Diese Klasse der Rechte ist nothwendig, keiner Verminderung fähig, abgeleitet aus dem teutschen Staatsverein. Der Kaiser ist Organ des gemeinen Willens, ist Bewahrer der Geseze. Kein Gesez bestimmt dies, aber der Geist der teutschen Verfassung fodert es. Der Kaiser ist oberster Lehensherr, ist die Quelle aller Privilegien, und der Gerichtsbarkeit. Er schreitet überall von Amts wegen ein; in seinem Namen geschehen alle Exekutionen.

Bey Gegenständen aber, wo jeder Theil nur in seiner speziellen Vereinigung denkbar ist, in Rücksicht der innern Territorialverhältnisse, da steht das Prinzip der Staatentrennung dem erstern zur Seite, da wirkt der Territorialnexus, und zwar selbstständig in seiner Sphäre. ^{a)}

^{a)} Hefr. u. Prof. Gönner über Veränderungen der Religionsübungen gegen den Zustand des Normaljahrs. Hauptst, II, 32 f. 39 S.

Wo blosses inneres Territorialverhältnis wirken kann, da ist Landeshoheit, doch subordinirt der höchsten Reichsgewalt, Quelle der Rechtsverhältnisse.

§. 3.

Die Rechte, die als nothwendige Folge aus dem Prinzip der Staatseinheit fließen, und deren Ausübung dem Kaiser mit Konkurrenz der Reichsstände übertragen ist, sind Reichshoheits - Rechte; und da die Ausübung davon — nach dem Geiste einer monarchischen Staatsverfassung — nur dem Monarchen zukömmt, so werden sie auch kaiserliche Rechte genannt. a) Dahin gehören alle Rechte, die Teutschland als Einen Staat angehen, alle Reichshandlungen wegen auswärtigen und inneren Verhältnissen. In Ausübung dieser wesentlichen Hoheitsrechte ist aber der Kaiser keineswegs unbeschränkt, sondern an den Konsens der Reichsstände gebunden.

§. 4.

Da nun der Kaiser eines Theils auch da, wo Teutschland als Ein Staat betrachtet wird, an den Konsens der Stände gebunden ist — andern Theils da, wo Teutschland als getheilt betrachtet wird, in die landesherrlichen Rechte nicht eingreifen darf — aber doch von bey-

a) Mulz, repraesentatio maiestatis imperatoriae &c.

den Regeln Ausnahmen statt finden: so sehen wir ausser diesen wesentlichen Rechten, die dem Kaiser vermöge der in ihn gelegten Reichsgewalt zukommen, auch noch zufällige Rechte, die er auszuüben hat,

a) Die nicht allein nicht nothwendig aus der obersten Reichsgewalt abgeleitet werden, sondern füglich in der Landeshoheit enthalten seyn könnten; die der teutschen Landeshoheit entzogen, und dem Kaiser beygelegt sind, und

b) Andere Rechte, wo der Kaiser allein, ohne Konsens der Stände, handeln kann.

Beyde zusammen heissen kaiserliche Reservatrechte.

Die Reservatrechte im Gegenfaze der Komitialgeschäfte sind solche, in deren Ausübung der Kaiser an den Konsens der Reichsstände nicht gebunden ist. Hier wird Teutschland als Ein Staat betrachtet. So ernennt der Kaiser allein den Reichskammerrichter und die zwey Präsidenten, besetzt den Reichshofrath &c.

In so ferne Teutschland als in mehrere Staaten getrennt betrachtet wird, sind sie Rechte, die in der Landeshoheit zwar enthalten seyn könnten, aber aus speziellen Gründen vom Kaiser ausgeübt werden. Diese Reservatrechte im Gegenfaze der Landeshoheit sind entweder solche,

a) Die der Kaiser durch spezielle Verleihung von den Ständen ausüben läßt, so, daß die Reichsstände diese Rechte nur von ihm mittels eines speziellen Privilegs haben, z. B. das Recht zu münzen, Zollrecht, u. a. — oder

b) Deren Ausübung in den Territorien sich der Kaiser vorbehält, und zwar

aa) Privative, die nur der Kaiser ausübt, z. B. Standeserhöhung, Errichtung einer Universität mit dem Rechte, akademische Würden zu ertheilen, Notarien u. f. a.

bb) In Konkurrenz mit der Landeshoheit z. B. Moratorien.

§. 5.

Schon von jeher war Teutschland eine durch Stände eingeschränkte Monarchie. Allein es war nicht genau bestimmt, wann der Kaiser den Konsens der Stände einzuholen gebunden, oder wann er allein zu handeln befugt sey; oder, da man dies in Kunstwörter einhüllte, welches Komitialgeschäfte oder Reservatrechte seyen. Lange war die Frage schwankend, welches Komitialgeschäfte seyen. Man sah, wie viel von des Kaisers Willkühr abhieng, da von 1613. bis 1640. kein Reichstag gehalten wurde. Man hat also diesen Gegenstand unter die Traktaten des westphälischen Friedens bey den *gravaminibus politicis* vorzüglich rege gemacht. Es ist

sehr merkwürdig, den Gang der Traktaten zu beobachten.

1) Da die Gränzen der kaiserlichen Gewalt und die der Stände vor dem westphälischen Frieden noch so wenig abgesteckt waren, und da der Kaiser, so oft er ohne den Consens der Stände etwas unternahm, immer von Reservatrechten sprach; so machte Frankreich und Schweden den Antrag, der Kaiser sollte seine Reservatrechte spezifiziren. *a)*

2) Der Kaiser erklärte: „dies hiesse ihm [an Kron' und Szepter greifen; nie werde er sich dazu verstehen; seine Gewalt sey allgemein, und erstrecke sich über alles, wo er nicht durch Geseze, oder Herkommen restringirt sey;“ dadurch war so viel gewonnen, daß nun die Stände die Restriktion als Ausnahme angeben mußten. *b)*

3) Aber auch die Stände nebst den Kronen Frankreich und Schweden durchschauten den Plan. Sie machten also den Antrag so, daß selbst für die Ausnahme eine Regel aufgestellt, und die wichtigsten Rechte nur beyispielweise ausgedrückt wurden. Sie stellten also ihren Antrag so, wie er im Friedensinstrument steht, wo Komitialbewilligung

a) Meyern Art. Pac. Westph. T. I. S. 813.

b) Meyern am angeführten Orte. T. III. S. 191.

- a) In negotiis imperii als Regel angegeben,
- b) Durch den Beisatz praesertim erläutert,
- c) Durch die Klausel nihil horum aut quidquam simile auf ähnliche Fälle ausgedehnt,
- d) Freie Komitialbewilligung der Stände aber gefodert wurde.

4) Die Kaiserlichen durchfahen diese Politik. In ihrer Antwort

a) Liefen sie also die Regel in negotiis imperii aus, und fiengen mit den Fällen an: „Si novae in imperio leges ferendae — nihil horum“ etc.

b) Und verlangten die Klausel: „Salvis vero iis“ etc.

5) Die Schweden fragten, was der Ausdruck „antiquus mos“ heißen sollte — ob der Ausdruck etwa von den Zeiten des Kaisers Tiberius zu verstehen sey. Am Ende bestand Schweden auf der Alternative: entweder sollte die Klausel weggelassen werden, oder der Kaiser seine Reservatrechte spezifiziren etc. Das letzte war ihm viel zu bedenklich. Man gieng also von der Klausel ab, und die Stelle ward so verglichen: „Gaudeant sine omni contradictione jure suffragii in omnibus deliberationibus super negotiis imperii, praesertim ubi leges ferendae vel interpretandae, bellum decernendum, tributa indicenda, delectus et hospitationes militum instituendae, nova munimenta intra statuum

ditiones extruenda nomine publico, veteraque firmanda praesidiis, nec non ubi pax aut foedera facienda, alia-
ve eiusmodi negotia peragenda fuerint, nil horum aut
quicquam simile posthac umquam fiat vel admittatur,
nisi de comitali liberoque omnium imperii statuum suf-
fragio et consensu. Salvis tamen iis, quae ad impera-
torem, et collegium electorale solum pertinent, omnia-
que intelligenda juxta morem antiquum.“

§. 6.

Da nun auch durch den westphälischen Frieden
die kaiserlichen Reservatrechte nicht ausdrücklich be-
stimmt sind, und selbe aus anderen Gründen abgelei-
tet werden müssen, so sehen wir, daß sie immer
noch ein Gegenstand literarischer Untersuchung sind.

Indessen beschränken wir uns nach unserm Zwecke
auf die Reservatrechte im Gegensatze der Landeshoheit,
auf die Frage:

Worin liegt der rechtliche Grund der
Reservatrechte im Gegensatze der Landes-
hoheit? —

Dies zu untersuchen, sey unser Zweck. —

In keinem Punkte des teutschen Staatsrechts schei-
nen die Publizisten uneiniger zu seyn, als wenn sie
auf die Reservatrechte zu sprechen kommen. a)

a) Pessinger Vitriarius illustratus. L. III. Tit. 2. not. a.

Einige Publizisten, besonders die ältern, nehmen die kaiserlichen Rechte *a)* mit excessiver Wirksamkeit auf das ganze Reich und einzelne Territorien als Regel an, und so wie die Landeshoheit erst aus der kaiserlichen Gewalt entstand, so betrachteten sie alle Rechte der Landeshoheit nur als Ausnahmen; allein sie bedachten nicht, daß durch Reichsgrundgesetze die Landeshoheit zur Regel gemacht wurde. Auch hatte man lange den Grundsatz: „diejenigen Rechte, die der Kaiser in den Wahlkapitulationen den Ständen nicht mitgetheilt, habe er sich vorbehalten. *b)* Daher nannte man diese Rechte Reservatrechte, allein es giebt viele Rechte, die der Kaiser entweder allein, oder mit den Ständen gemeinschaftlich ausübt, wovon doch in den Wahlkapitulationen gar nichts vorkommt.

§. 7.

Die eigentliche Geschichte der Reservatrechte ist folgende:

1) Die Landeshoheit bildete sich auf den Ruinen der kaiserlichen Macht nicht auf einmal, sondern sie

a) Stamler tractat. de reservatis imperatoris. — Jac. Lampadius de republ. Rom. Germ.

b) Pessinger Vitriar. illustr. ad 3. not. a. am ang. O.

machte ganz unmerkliche Schritte. In ihrer Entstehung und ersten Bildung koexistirte also eine kaiserliche Gewalt mit den großen Vorrechten der Vorzeit.

2) Man war es mehr, als in unseren Zeiten, gewohnt, das Reich als einen Körper zu betrachten, und selbst in den Territorien den Kaiser Hoheitsrechte ausüben zu sehen; insbesondere konnte man den Kaiser von der Ausübung jener Hoheitsrechte nicht verdrängen, welche sich nicht etwa auf ein einzelnes Land beschränkten, sondern ihre Wirkungen auf das Allgemeine äusserten; denn der Kaiser war das centrum unitatis. — Sachen, die das ganze Reich angien, die sich nicht in die Gränzen eines Territoriums einschlossen — diese Sachen sich zuzueignen, dies konnten die Landesherren in einer Zeit nicht wagen, wo die Landeshoheit noch so prekär und durch Reichsgesetze nicht fanktionirt war.

3) War man es einmal gewohnt, jene Sachen als Reservatrechte des Kaisers behandelt zu sehen, welche sich auf die Gränzen einzelner Territorien nicht beschränkten, so läßt sich wol gedenken, daß aus eben diesem Grunde ein Recht zu einem Reservatrechte erwachsen konnte, wenn es gleich zu einer Zeit aufkam, oder bekannt wurde, wo die Landeshoheit in ihrer Ausbildung weiter vorgerückt war. — Wenigstens läßt sich aus dem Alter der Erfindung

weder für noch gegen die Qualität eines kaiserlichen Reservatrechts ein Grund herleiten. Selbst die Geschichte zeigt es demnach, daß sie hierin nichts entscheide, sondern daß alles auf Reichsgrundgesetzen oder Herkommen beruhe.

§. 8.

Pütter *a)* fodert von einem Reservatrechte folgende zwey Eigenschaften:

1) Daß es älter sey, als die Landeshoheit; denn sonst, sagt er, wäre es in der Landeshoheit enthalten, und aus diesem Grunde rechnet er die Buchdruckerkunst nicht zu den kaiserlichen Reservatrechten.

2) Sey es ein Recht, das seine Wirkungen nicht auf Ein Land einschränkt, sondern sich auf ganz Teutschland, oder mehrere teutsche Staaten, bezieht, z. B. Standeserhöhung, akademische Würden, Notarien.

Allein dies scheint eine bloße Hypothese, die besonders in Rücksicht auf das Reservatrecht, Universitäten zu errichten, schon im literarischen Anzeiger

a) Inst. Jur. Rom. publ. Germ. L. III. cap. 1. §. 116. seq. Noch deutlicher setzt Pütters Meynung auseinander Häberlin im Handbuch des teutschen Staatsrechts, Buch III, Kap. I, S. 371 u. d. f.

gerügt wurde ^{a)}. Pütter stellt die kaiserlichen Rechte, die der Kaiser vor Entstehung der Landeshoheit besessen hatte, gewöhnlich als Regel auf, und betrachtet die Landeshoheit nur als Ausnahme derselben; beweiset die Reservatrechte, die doch nach dem reinen Staatsrechte in der obersten Gewalt eines Staates liegen, aus der Geschichte. — Teutschland als ein in der Erfahrung bestehender Staat kann nur gedacht werden unter der Bestimmung seiner Staatsverfassung und Staatsverwaltung. Diese muß bestimmt seyn, und kann nur in gewissen Grundgesetzen bestehen.

§. 9.

1) Will Pütter blos aus der Geschichte entwickeln. Allein die Geschichte ist hier ein äußerst trüglicher Beweis. Sie giebt Ursachen und Wirkungen der vergangenen und gegenwärtigen Verfassung an; das Staatsrecht aber nimmt den Staat, wie er ist, ohne Rücksicht, wie er geworden ist. Reichsgeschichte ist also blos Hilfsmittel zu diesem, und kann erst Quelle des teutschen Staatsrechts werden, in so ferne der Geschichtsforscher die Quellen auffucht, und Beweise über noch unerforschte liefert. Entdekt die Reichsgeschichte eine Quelle, so ist sie solche nur in so ferne, als sie aus den

^{a)} Litterat. Anzeiger, Jahrg. 1800. Seite 689 - 692.

Geschichte ihre Aechtheit beweiset. Außerdem ist die Reichsgeschichte bloß ein Hülfsmittel; durch sie können wir die Rechtsverhältnisse nur erläutern, nicht beweisen. So wichtig auch die Geschichte dem Publicisten ist, so behutsam muß er doch bey ihrem Gebrauche im Staatsrechte seyn, um sich nicht einer groben Vermischung der Geschichte mit dem Rechte schuldig zu machen. a) Wenn wir von Reservatrechten sprechen — von Rechten, die als Ausnahmen der Landeshoheit entzogen sind, so müssen bestimmte Prinzipien da seyn, aus denen sie deduzirt werden. Wenn Geschichte Quelle der Rechtsverhältnisse seyn könnte, so könnte sich ja der Kaiser alle Hoheitsrechte zueignen, die die Landesherren nunmehr besitzen. Er besaß ja alle vor Entstehung der Landeshoheit.

§. 10.

2) Bleibt es immer ein Problem, wann die Landeshoheit entstand. Kein Publizist hat es noch gelöst. Die Landeshoheit entstand nicht mit einem Schlage, son-

a) Daniel Nettelblatt's Erörterungen. I. Von der Vermischung des teutschen Staatsrechts mit der Geschichte. S. 13. u. d. f.

dern successive und unvermerkt. a) So scheinbar auch die Hypothese des Herrn von Ludewig vom Ursprunge der Landeshoheit ist, und so vielen Beyfall sie auch trotz der Gründe seiner Gegner lange Zeit behielt, so ist man doch jetzt fast allgemein von ihrem Ungrunde b) überzeugt. Die meisten neuen Geschichtsforscher stimmen daher darin überein, daß der entferntere Grund in der fast unbefchränkten Freyheit der großen Güterbesitzer, in dem Feudalsystem der mittlern Zeiten, in der Freygebigkeit und Verschwendung der teutschen Könige und Kaiser, die einzelne Regalien verschenkten, dann verpfändeten und verkauften, und endlich in der üblen Verfassung, worin sich Teutschland vor und in den Zeiten des sogenannten großen Zwischenreiches befand; der nähere aber, in den Verleihungen Kaiser Friedrich II. von 1220. und 1232. zu suchen sey. „Die Landeshoheit, sagt Gönner, von diesen Zeiten,

a) Pütters Abhandlung von dem Ursprunge der Landeshoheit — in den Beyträgen zum t. Staats- und Fürstenrecht, I. Theil, VI. Abb. — Commentar über die Kollision der teutschen Staatsbürgerpflicht &c. S. 22.

b) Karl Friedrich Häberlin's Repertorium des teutschen Staats- und Lehenrechts, III. Theil, Landeshoheit, S. 27.

Zeiten, heutzutage ein collossalisches Gebäude, stand noch im fernen Hintergrunde, und behutsam handelten der Kaiser und die Stände, um den Schleier nicht zu lüften, der es noch zu decken schien.“^{a)}

Als Max I. die Reichsgerichte errichtete, so behielten sich die Stände schon vor, daß ihre Unterthanen nicht vor auswärtige Gerichte gezogen werden sollten. Da sprachen sie schon von ihren Unterthanen; da behauptete man schon, daß der teutsche Bürger zunächst dem Landesherrn, und entfernt erst dem Reiche unterthan sey. Bald darauf brach Luthers Reformation aus, und da erschien der Saz: Cuius est regio, illius et religio. Ihm zufolge haben manche Besizer teutscher Territorien eine andre Religion in ihrem Lande eingeführt; Klöster aufgehoben, und die geistliche Gerichtsbarkeit ausgeübt; und da sprachen schon die Reichsgefeze von Obrigkeiten, und als Fürsten hießen sie fürstliche Obrigkeiten, und, weil sie über Distrikte gesetzt waren, landesfürstliche Obrigkeiten. Endlich drückte der westphälische Friede diesen fürstlichen Obrigkeiten Art. 8. §. 1. und 3. das Siegel auf, wo es heißt, daß die

^{a)} Gönners Handbuch des gemeinen Proceßes, Band, III, Seit. 19 - 20.

Reichsstände in libero iuris territorialis tam in politicis, quam in ecclesiasticis, exercitio bleiben sollen. Art. 5. §. 3. kömmt erst das Wort territorium und superioritas vor, oder, wie es gegenwärtig heisst, superioritas territorialis. Durch den westphälischen Frieden wurden die Stände nicht erst zu Landesherren gemacht, sie wurden in ihrer Landeshoheit nur bestätigt. Die Stände hatten selbe schon vorher, von welchem Moment aber, ist ungewiss; noch kein Geschichtsforscher hat das Jahr angegeben; und wollten wir auch die Landeshoheit nach Friedrich II. Verleihungen als vorhanden annehmen, (was aber gewiss eben so unrichtig ist, als Ludewigs Hypothese, besonders wenn man die Landeshoheit im heutigen Sinne nehmen würde) so flossen doch die Gränzen der kaiserlichen und landesherrlichen Gewalt noch unmerklich ineinander, wie das kaiserliche jus privilegiorum deutlich beweiset. Wie kann also die Entstehung der Landeshoheit der Erkenntnißgrund der kaiserlichen Reservatrechte seyn? —

§. II.

3) Dafs das Alter der Rechtsgrund der kaiserlichen Reservatrechte nicht seyn könne, a) erheilt schon aus der

a) Daniel Nettelblads Erörterungen einiger einzelnen Lehren des teutschen Staatsrechts. I. von der Vermischung des teutschen Staatsrechts mit der Geschichte, Seite 17 u. f. f.

Behauptung, daß auch nach entstandener Landeshoheit ein Recht zu einem kaiserlichen Reservatrechte gemacht werden könne. So sagt Pütter, a) daß, wenn die Buchdruckerkunst noch vor Entstehung der Landeshoheit erfunden worden wäre, selbe sicher ein kaiserliches Reservatrecht hätte werden können. Aber, was hindert denn, daß sie nicht auch nach entstandner Landeshoheit Reservatrecht geworden ist? — Es hat die zweyte Eigenschaft, die Pütter zu einem Reservatrecht fodert, ganz an sich; die Wirkung der Buchdruckerkunst bezieht sich auf ganz Teutschland; ihr Einfluss auf das Ganze ist sichtbar; sollte blos spätere Erfindung derselben sie von den kaiserlichen Reservatrechten ausgeschlossen haben, da doch der nämliche Grund, den Pütter von kaiserlichen Reservatrechten angiebt, auch hier existirt? — Gewiss nicht; nur an ausdrücklichen Gesezen oder Herkommen fehlte es, daß die Buchdruckerkunst kein Reservatrecht wurde. Das Alter begründet nur dann ein Recht, kann nur dann Erkenntnißgrund desselben seyn, wenn es durch positive gesetzliche Bestimmung zur Quelle der Erlangung der Rechte gemacht wird.

Da nun Geschichte nicht Quelle der Reservatrechte seyn kann; da die Entstehung der Landeshoheit so unbe-

a) Pütter instit. L. VIII. c. 4. §. 363.

stimmt, ja unbestimmbar ist; und da es gar nicht widerspricht, daß auch nach entstandener Landeshoheit noch ein landesherrliches Hoheitsrecht zu einem kaiserlichen Reservatrecht gemacht werden könnte, so sehen wir die Nothwendigkeit, eine andere Quelle aufzufuchen, aus der die kaiserlichen Reservatrechte fließen.

§. 12.

Landeshoheit ist die oberste Gewalt, wodurch einzelne Theile des teutschen Reichs in ihren inneren Verhältnissen allein gedacht, regiert werden. Mit dieser Landeshoheit haben die Stände den Inbegriff aller Hoheitsrechte erhalten, welche die Staatsgewalt konstituiren. Die Theile Teutschlands sind besondere Staaten mit innerem besondern Staatsverbande; und wo Staatsverband ist, da existiren Staaten. Es würde dem Begriffe eines Staates entgegen seyn, die Staatsgewalt ohne auszuübenden Hoheitsrechten zu denken. Jeder Landesherr ist in seinem Territorium, als in einem besondern Staate, oberster Regent; und so wie der Kaiser, wenn Teutschland als Ein Staat betrachtet wird, eine allgemeine Gerichtsbarkeit im Reiche ausübt, so ist auch der Landesherr ^{a)} in Hinsicht seiner Untergebenen oberster

^{a)} Pfeffinger. L. III, T. 15, ad 1. n. c. p. III2.

Gerichtsherr. Er giebt Geseze, und alle, die sich in seinem Territorium aufhalten, sind an seine Geseze gebunden; und dieses Recht, Geseze zu geben, kommt dem Landesherrn so unwidersprechlich zu, das selbst die Reichsgerichte *a)* nach selben zu sprechen verbunden sind. Nebst der gesetzgebenden und richterlichen Gewalt steht dem Landesherrn auch die vollziehende zu; ja man kann mit Wahrheit behaupten, das die Stände in ihren Territorien auf gewisse Art mehr Gewalt haben, als der Kaiser im Reiche. Auch ohne die Landstände (außer wo das Gegentheil gesetzlich ist) können die Landesherren politische und geistliche Geseze geben. Sie schließen Bündnisse, (wenn sie nur dem Kaiser und Reiche nicht nachtheilig sind) schicken Gesandte an Auswärtige, fodern Steuern, und hinterlassen ihre Provinzen als Erbschaft ihren Kindern und Agnaten. *b)* Alles dieses ist der Kaiser entweder gar nicht, oder nur mit Konsens der Stände befugt. Weder die Reichsgerichte noch der Kaiser darf den Landesherren in den

a) Kammer - Ger. Ordn. I. T. Tit. 37. „Nach redlichen, ehrbaren Ordnungen, Statuten und Gewohnheiten der Fürstenthümer, Herrschaften und Gerichte &c. zu richten.“

b) Pfeffinger am ang. O.

Territorien in der Ausübung der Landeshoheit weder vor- noch eingreifen. Zwar sind die Stände Unterthanen des Reichs, und dieser Unterthansnexus hindert oft, daß ein teutscher Landesherr nicht thun darf *a*), was in der obersten Staatsgewalt enthalten ist; so darf kein Landesherr etwas verfügen, was absolut gebietenden oder verbiethenden Reichsgesetzen entgegen ist — eben so kann kein Landesherr, da dieser Unterthansnexus unter der Staatseinheit auch manche bürgerliche Rechtsverhältnisse bestimmt, an schiffbaren Flüssen eine Handlung vornehmen, wobey die Einheit des teutschen Staats kompromittirt wird. Allein für die Regierung der einzelnen Theile, als einzelne Staaten betrachtet, ist die Landeshoheit die Regel.

§. 13.

Da nun die Reichsstände mit der Landeshoheit den Inbegriff aller Hoheitsrechte, die die Staatsgewalt konstituiren, erhalten haben; da ihnen das Recht, Gesetze zu geben, zu richten, und zu voll-

a) Commentar über die Collision der teutschen Staatsbürgerpflicht mit der landesherrlichen Gewalt teutscher Reichsstände und Landesherren. S. 38. besonders 52.

ziehen, zukömmt, und da sie die meisten zufälligen Hoheitsrechte auszuüben berechtigt sind, so streitet bey einzelnen Rechten die Vermuthung für den Landesherrn. Jene Rechte, die in der Landeshoheit für sich enthalten seyn können, und die wir kaiferliche Reservatrechte nennen, können in Konkurrenz mit der landesherrlichen Gewalt nicht die Regel ausmachen. Die Vermuthung bey einzelnen Rechten streitet immer für den, der, wenn er gleich manches einzelne Recht nicht, doch den Inbegriff der wesentlichsten und meisten zufälligen Rechte, besitzt. Die kaiferlichen Reservatrechte, in so ferne sie die Landeshoheit beschränken, und füglich in selber enthalten seyn können, sind bloß Ausnahmen. Die Publizisten vermengen nur gar zu gerne, so oft sie über diesen Gegenstand zu sprechen kommen, und die kaiferlichen Rechte darzustellen sich bemühen, diejenigen Rechte des Kaisers, die ihm als Oberhaupt des Reiches, als Ein Staat betrachtet, zukommen, mit jenen Rechten, die der Kaiser als den Landesherrn entzogene in den einzelnen Territorien ausübt. Die ersten, die der Kaiser als Organ des Gemeinwillens, gebunden an den Konsens der Reichsstände, ausübt, sind ihm wesentlich und unwidersprechlich; sie sind Reichshoheitsrechte. Diese machen, so oft die Theile Deutschlands in ihrer Einheit erscheinen, aber auch

nur dann, die Regel aus. Aber ganz anders verhält es sich in Hinsicht der Reservatrechte; diese können als solche nicht aus einer und der nämlichen Quelle mit den Reichshoheitsrechten fließen. Hier mangelt die Maxime der Staatseinheit, und wo diese mangelt, da wirkt Territorialnexus vollständig in seiner Sphäre. Schon im westphälischen Frieden sollten die kaiserlichen Reservatrechte bewiesen worden seyn; schon dort machte man sie zu Ausnahmen. Man sprach schon vom Beweisen. Warum drangen die schwedischen und französischen Gefandten nicht darauf, daß die Landesherren ihre Landeshoheit beweisen sollten? — Hatte ja doch vor Entstehung der Landeshoheit der Kaiser alle Rechte, die die Landesherren jetzt in ihren Territorien ausüben! — Weil man die Landeshoheit schon als unwidersprechlich gegründet ansah. Und erkannte man nicht schon damals die Reservatrechte als Ausnahmen, und stellte die Landeshoheit als Regel auf? —

§. 14.

Sind die kaiserlichen Reservatrechte Ausnahmen von der Landeshoheit, so kann der rechtliche Grund davon nur Reichsgrundgesetze und gültiges Herkommen seyn. Die Rechte im positiven Staate können nur durch den Gemeinwillen derjenigen, de-

nen das Recht zukommt, Normen zu machen, bestimmt werden. Gemeinwille bleibt immer der Grund dieser Rechtsbestimmungen, er mag sich ausdrücklich, oder stillschweigend durch Observanz äußern. Der Rechtsgrund der letztern ist nicht der Wille des Kaisers allein, sondern der nämliche vereinte Wille des Kaisers und der Stände, der durch ausdrückliche Gesetze Norm für die Handlungen im Reiche ist. Will sich der Kaiser Rechte zueignen, die nicht in den Reichshoheitsrechten nach dem Prinzip der Staatseinheit, sondern in der Landeshoheit enthalten seyn können, und als solche gedacht werden müssen, so müssen ausdrückliche Reichsgesetze ihm diese Rechte zugestehen; oder, wenn diese schweigen, so müssen sich solche Rechte auf rechtliches Herkommen gründen; denn dieses unterscheidet sich von den ausdrücklichen Grundgesetzen nur in der Art, wie der Gemeinwille erklärt wird. Das Vorhandenseyn dieser ausdrücklichen oder stillschweigenden Einwilligung muß bewiesen seyn; denn, da in Hinsicht der Reservatrechte die Vermuthung gegen den Kaiser ist, so können diese Rechte den Landesherren nicht willkürlich entzogen und ausgeübt werden.

§. 15.

Da aber die Reichsgesetze und gültiges Herkommen allgemein verbindliche Normen für Teutschland

sind, so folgt daraus, daß, was immer diese für ein kaiserliches Reservatrecht erklären, auch als solches anzuerkennen sey; es mag vor oder nach der Landeshoheit entstanden seyn, sich auf einzelne oder mehrere Territorien erstrecken, oder nicht. Die ins Allgemeine gehende Wirkung eines Rechts mag es veranlassen, daß es Reservatrecht wird, aber begründen kann man daraus die Qualität eines Reservatrechts nicht; und ein Recht, das auch Pütter's obige Eigenschaften hat, wird doch nicht Reservatrecht, wenn es nicht Reichsgrundgesetze und Herkommen als solches erkennen. So ist z. B. das Militair eine Erfindung vor der Landeshoheit, begränzt sich nicht innerhalb dem Bezirk eines Territoriums, und ist doch nicht kaiserliches Reservatrecht; so wie im Gegentheile die Reichsposten *a)* ein kaiserliches Reservatrecht sind, nicht, weil sie älter als die Landeshoheit sind, oder auf das ganze Reich sich beziehen, sondern weil Reichsgrundgesetze sie als ein solches anerkannt haben.

a) Hofr. und Prof. Gönner's Rechtsfälle. I. Theil. VI. Rechtsfall.

Ueber die Frage:

Ob Messen anzulegen, ein kaiserliches Reservatrecht sey.

§. 16.

Wenn die Handlung die Seele des Staats ist, so sind gewiss jene Anstalten sehr wichtig für den Staat, die sie befördern. So wie sich ein Volk eines Theils dieses Erdenrundes bemächtigt, selben als sein Eigenthum betrachtet, und so wie es dann unter die Glieder desselben vertheilt wird, so sehen wir in diesem Zustande doch weder allen Bedürfnissen des ganzen Volkes, noch denen der Einzelnen gesteuert. Kein Bürger dieses Staats wird von seinem Fleck Landes, den er bebaut, sich ganz den Unterhalt verschaffen können; noch weniger werden es mit der zunehmenden Anzahl der Menschen in diesem Staate die nachfolgenden können, ohne das, was zu ihren Lebensbedürfnissen nothwendig ist, von jenen zu erlangen, die

davon Ueberflufs haben, gegen wechselseitiges Leisten und Geben desjenigen, dessen die anderen bedürftig sind. Dadurch erhalten die Menschen den Unterhalt *a)*, wenn sie für das, was sie durch ihre Beschäftigung hervorbringen, etwas dagegen zur Vergeltung empfangen. Hieraus entstand das erste und eigentlichste Geschäft der Handlung: der Tausch. Die Handlung ist also ein Geschäft, das seinen Ursprung wechselseitigen Bedürfnissen schuldig ist, und was man immer zur Befriedigung derselben anbieten kann, heisst Waare. Um die vorkommenden Beschwerden in diesem Tausch zu vermeiden, sah man sich um ein Mittel um, wodurch er erleichtert wurde; man suchte etwas auf, was gleichsam die Stelle aller Waaren vertreten sollte: das Geld. Diese wechselseitige Mittheilung des Ueberflusses eines Staatsbürgers gegen den des anderen, so dafs ihm dieser entweder andere nothwendige Waaren, oder statt ihnen Geld giebt, heisst *innere Handlung* des Staates *b)*.

a) Hofr. und Prof. v. Moshamm Grundsätze der Polizey, Handlung etc. etc. II. Th. Einl. §. 2. S. 167.

(I. Auflage.) —

b) Hofr. und Prof. v. Moshamm a. ang. O.

§. 17.

Bey der Vermehrung der Staatsglieder, und bey den wachsenden Bedürfnissen derselben, wird nicht einmal das Land, welches dieses Volk inne hat, so viele Produkte in Hinsicht mancher einzelnen Arten liefern, als nöthig ist, den Bedürfnissen zu steuern; es mögen solche seyn, ohne deren Befriedigung der Mensch nicht bestehen könnte, oder eingebildete, die der Anstand, die übliche Lebensart, die Lüfternheit, oder der Stolz zu Bedürfnissen machten. Es wird also so ein Volk sich wieder an ein anderes zu wenden gezwungen seyn, um auch mit diesem Bedürfnisse gegen Bedürfnisse umzusetzen. Dieser Verkehr eines Volks mit einem andern, wodurch der Ueberfluß des einen dem andern gegen Empfang entweder entbehrlicher Waaren, oder des Surrogats derselben — des Geldes, mitgetheilt wird, heist *äußre Handlung*.

§. 18.

Damit es dem, der einen Ueberfluß an Waaren hatte, nicht an Käufern fehlte, und damit er nicht nöthig hatte, sich seine Käufer mit vieler Mühe zu suchen, erwartete man eine Gelegenheit, wo man bey großen Zusammenkünften von Menschen, (sey auch die Ursache, wegen der sie zusammen kamen,

welche sie wolle) seine Waaren feil bieten konnte; und damit eben so den Käufern vorgeesehen wurde, dafs sie nicht nöthig hatten, wegen jedem Bedürfnisse ganze Provinzen mit vielem Zeitverlust und Versäumung der häuslichen Geschäfte durchzulaufen, und das, was ihnen mangelt, von demjenigen, der einen Ueberflufs hatte, in oder ausser dem Lande lange suchen zu müssen: so muszte in jedem geordneten Staate sowohl eine gewisse Zeit, als Ort bestimmt werden, wo sowohl die Käufer Hoffnung haben konnten, dergleichen nöthige Waaren zu erhalten, als auch die Verkäufer darauf rechnen konnten, dafs sie bey solchen Zusammenkünften ihre Waaren absetzen würden. Diese Zusammenkünfte, wo Bürger eines Staats sowohl unter sich, als mit Bürgern eines andern Staats, wechselseitig ihren Ueberflufs absetzen, und das Bedürftige zu erhalten suchen, heissen Messen oder Märkte, und nach den Zeiten, wann sie gehalten werden: Jahrmärkte, Wochenmärkte; nach der Verschiedenheit der Waaren, z. B. Kornmarkt, Viehmarkt u. f. a. Doch begreift man füglich alle unter dem Namen Messen.

§. 19.

Daraus läfst sich leicht erkennen, dafs Messen (wir wollen in Zukunft diese allgemeine Benennung beibehalten) den Unterthanen, wenn sie z. B. unter

Bürgern und Bauern Verkehr bezwecken, groſſe Vortheile gewähren. Aber wenn dieſe Meſſen mit Konkurrenz von Auswärtigen ſollen gehalten werden, ſo iſt dabey ſchon mehr Behutſamkeit nöthig. a) Es bringt nämlich einem Lande ſehr groſſen Nutzen, wenn Auswärtige kommen, um von den Bürgern eines Staats Waaren für ihre Bedürfniſſe einzukaufen; denn auf dieſe Art kommen groſſe Summen in den Staat. Kommen aber Kaufleute mit vielen Waaren zu ſo einer Meſſe, und kehren ſie dann wieder in ihr Vaterland, ſo ſieht man leicht ein, daſſ das Geld aus dem Lande gebracht, und ſo allmählig die Kräfte des Staats geſchwächt werden. Die Meſſen können alſo einem Staate groſſen Nutzen bringen, fodern aber im letztern Falle manche Beſchränkungen, damit ſie nicht ſchädlich werden.

§. 20.

So wie jeder Private, ſobald er ein Eigenthumsrecht auf eine Sache erworben, das Recht hat, jeden andern von dieſer Sache auszuschließen, ſo kann auch niemand ohne Verletzung dieſes Rechts fodern, daſſ der Eigenthümer wider Willen ſeine Sache einem an-

a) Horix de jure iuſt. nund. in imper. Rom. et Germ. o. 1. §. 3. S. 123.

dern überlasse. Eben diese Prinzipien gelten auch bey ganzen Völkern: a) es folgt also daraus, daß ein Volk gegen das andere die grösste Handlungsfreiheit genieße, und daß es nur von eines jeden Volkes Willkühr abhängen, ob es mit andern, und mit welchen es Handel treiben wolle, oder nicht; und nicht Bedürfnisse eines andern Volks, b) sondern blos die alleinige Rücksicht auf eignen Vortheil kann ein Volk zum Handel mit Auswärtigen bestimmen. Daher steht es jedem Volke frey, ob es die Messen eines andern beziehen, oder lieber im eignen Territorium solche Messen anlegen wolle; es steht ihm frey, ob es alle Auswärtige an diesen Antheil nehmen lassen wolle, oder nur einige; und wenn es ihm frey steht, einige davon auszuschließen, so kann es um so mehr Bedingungen setzen, unter denen Handelsleute anderer Nationen zugelassen werden sollen, und zwar, wie sie ihm am vortheilhaftesten dünken. Es kann die Waaren bestimmen, die auf so eine Messe gebracht werden dürfen; den Ort und die Zeit festsetzen; Gesetze, die auf diese Geschäfte Bezug haben, geben; Maas und Gewicht bestimmen.

a) Horix §. 4. not. e. a. a. O.

b) Heinecc. de navibus ob mercium illicitatum vecturam commissis. c. I. §. 16.

bestimmen, und alles verfügen, was zur guten Ordnung bey solchen Zusammenkünften nothwendig ist. Diesen Bestimmungen unterziehen sich die Fremden schon gleich dadurch, sobald sie solche Messen besuchen.

§. 21.

Da aber der Wille aller Einzelnen eines Volkes nie so vereinigt ist, daß er Gemeinwille wird; da sie durch verschiedene Neigungen getrieben, durch verschiedene Ansichten von Gegenständen bestimmt werden, also nicht erkennen oder nicht erkennen wollen, was das Gemeinwohl fodert; so ist eine oberste Staatsgewalt nöthig, die für das Wohl im Innern sorgt, und für alle im Staate wacht; die die Handlungen zum Zwecke des Staates leitet. Es ist also des Regenten Pflicht, dem diese oberste Gewalt übertragen worden, die Handlungen, die zum Staatszwecke führen, zu befehlen, und das Gegentheil zu verbieten. Deswegen kann er dem Kommerz der Unterthanen bestimmte Schranken setzen, Ort und Zeit vorschreiben, Messen anordnen, manche auswärtige Waaren davon ausschließen, und solche Mittel anwenden, welche Auswärtige bestimmen möchten, solche Waaren in einen Staat zu bringen, derer er bedarf, und den Unterthanen Gelegenheit verschaffen, die im Staate überflüs-

ligen Waaren an Auswärtige mit Vorthell abzufezen. Der Regent hat das Recht, Auswärtige durch Ertheilung von verschiedenen Freiheiten, Immunitäten und Privilegien zu seinen Messen zu laden; so wie ihm im Gegentheile nicht abgesprochen werden kann, Auswärtige, wenn es das Staatswohl erheischt, gänzlich auszuschließen, oder ihnen nur unter gewissen Bedingungen den Zutritt zu erlauben; — kurz, es kommt dem Regenten das Recht zu, in Hinsicht der Messen alles dem Staate Nützliche anzuordnen.

Nach den Grundsätzen des allgemeinen Staats- und Völkerrechts kommt also nur dem Regenten das Recht zu, Messen anzuordnen.

§. 22.

So richtig auch die Grundsätze des allgemeinen Staats- und Völkerrechts immer seyn mögen, so treten doch in einem positiven Staate manche Modifikationen davon ein. Bey der so besondern teutschen Staatsverfassung würde es dem Publizisten eine vergebliche Bemühung seyn, die Staats-Rechtsverhältnisse aus Prinzipien als allgemeinen Staatsrechts ableiten zu wollen; es würde offenbar zu weit gegangen seyn ^{a)},

^{a)} Dan. Nettelblatt's Erörterungen etc. II. Von dem rechten Gebrauch des allgem. Staatsrechts in der teutschen Staatsrechtsangelegenheit.

das allgemeine Staatsrecht als unmittelbare Quelle des teutschen Staatsrechts anzusehen. Kein Staat entfernt sich mehr vom Ideale eines vollkommenen Staats, als Teutschland. Da die ganze teutsche Staatsverfassung auf Grundgesetze und Observanz gebaut ist, so können wir nur dann Zuflucht zum allgemeinen Staatsrechte nehmen, wenn in jenen etwas unbestimmt gelassen wurde.

§. 23.

Wem in Teutschland das Recht gebühre, Messen anzulegen, diese Frage war unter den Publizisten immer streitig *a)*. Die ältern setzten, selbst Moser *b)*, dies Recht ausschliesslich unter die kaiserlichen Reservatrechte. Ihre Grundsätze, auf die sie ihre Behauptung bauten, waren größtentheils nur aus dem römischen Rechtskörper *c)* geholt. Was dort von den römischen Kaisern in Hinsicht der Messen vorkommt, wandten sie gezwungen genug auf Teutschland an, und aus Unkunde der Geschichte hielten sie dafür, daß unsere teutschen Kaiser nichts anders, als wahre ge-

a) Pfeffinger Vit. ill. L. III, Tit. 2. §. 37. not. a et c.

b) Mosers Staatsrecht. B. V. Kap. I. §. 2.

c) L. 1 ff. et C. de nudinis.

fezliche Nachfolger der römischen feyen. Um aber auch die Rechte der Reichsstände zu bestimmen, so stellten sie selbe, um alles römisch zu haben, den römischen *a)* Magistratspersonen gleich. Die neueren Publizisten aber unterscheiden zwischen feierlichen Messen (nund. solennes) und Jahrmärkten (minus solennes). Die ersten halten sie für ein kaiserliches Reservatrecht; das Recht der zweiten schreiben sie dem Landesherrn zu. Ob dieser Unterschied der feierlichen Messen und Jahrmärkte in der Natur der Sache, und der teutschen Verfassung gegründet sey, werden wir später unten sehen. Nur sey es mir erlaubt, die Geschichte des Rechts, Messen anzulegen, vorher in den wichtigsten Punkten durchzugehen.

§. 24.

Die Geschichte Teutschlands in den ältesten Zeiten stellt uns einen Zustand auf, in welchem wir den Ursprung der Messen unmöglich finden können. Da die Teutschen ausgedehnte und entbehrliche Bedürfnisse *b)*, den Grund des Handels, noch nicht kannten, so fällt

a) Horix de jure instit. nund. proem. §. 2.

b) Pütter's Grundriß der Staatsveränderungen des teutschen Reichs. §. 6. S. 15.

eben dadurch alles weg, was auf Kommerz Bezug hat, also auch die Messen.

Nun wurden die Römer durch Waffengewalt Nachbarn der Teutschen am Rheine; und erst jetzt finden wir in den Rheingegenden von den mehr kultivirten Römern angelegte Städte, Pflanzorte und feste Plätze — und in diesen auch Messen *a)*. Unter den Merovingern wurden sie noch häufiger, auch foderten diese schon von den Handelsleuten Zölle *b)*. Mit der fränkischen Oberherrschaft gieng auch die fränkische Ordnung der Dinge auf Teutschland über.

Pipin und Karl der Grosse suchten dem Kommerze noch grössere Ausdehnung zu geben, und nun wurden, so wie in Italien und Frankreich, auch in Teutschland die Messen allgemeiner.

§. 25.

Da diese Messen ganz von den teutschen Königen abhiengen, so wurden sie auch ganz von ihnen geleitet. Es gab eigene Richter, Hansgraven, d. i. Handelsgrafen, die die Streitigkeiten bey solchen Messen entschieden, und alles anordneten, was diese Messge-

a) Paul von Stetten in den augsburgischen Geschichten, K. 2. §. 4. S. 8.

b) Mabillon de re diplomatica, L. VI, S. 483.

schäfte betraf. — Nebst diesen Handelsgrafen hatten die Könige noch Zolleinnehmer, Fiskalrichter bestellt. Diesen mußten die sich einfindenden Handelsleute nebst einer gewissen Abgabe an Geld auch einen bestimmten Theil ihrer Waare geben, z. B. eine gewisse Quantität Oel; zu diesen fiskalischen Beisteuern war jeder Handelnde verbunden, außer er hatte von den Königen einen Befreiungs-Brief erhalten. Da schon lange vorher die Teutschen den Gebrauch des Geldes kennen gelernt hatten, und es vorzüglich im Kommerze nöthig ist, so mußte man den Werth desselben durch öffentlichen Stempel allgemein geltend machen. Es war daher bey solchen Gelegenheiten auch ein Münzer vorhanden. Diesem gaben die Kaufleute das rohe Erz, und er machte selbes zu geltenden Münzen. Damit aber auch die königliche Kammer einigen Vortheil davon zog, so verordnete schon Pipin *a)*, daß der zwei und zwanzigste Theil der Kammer heimfallen sollte. — Eben so einträglich für den Fiskus war die Aufsicht über Maas und Gewicht; denn damit kein Betrug in Maas und Gewicht entstehen konnte, so wurde alles öffentlich abgethan, und niemand durfte sich dieses Recht

a) De Bunav. differt. de jure circa rem monet. in Germ. §. 37. S. 65.

anmassen, der nicht eine besondrer königliche Verleihung hatte. Dies Recht bestand darin: Maas und Gewicht zu untersuchen, zu prüfen, und, was das einträglichste war, die mitunterlaufenden Vergehungen zu strafen.

§. 26.

Weil damals die Messen für die kaiserliche Kammer so viele Vortheile brachten, und ganz von der kaiserlichen Genehmigung und Oheraufsicht abhiengen, so läßt sich leicht denken, daß nicht überall solche Messen angelegt werden durften. Deswegen verordnete Karl der Grosse schon ausdrücklich, daß nirgends eine Messe gehalten werden sollte, außer wo es erlaubt und herkömmlich wäre. *a)* Denn Karl der Grosse wollte nicht die unter den Römern und Merovingern in Städten und heiligen Orten bisher gewöhnlichen Messen aufheben, sondern er schickte vielmehr zu allen seine Grafen, um alles in Ordnung zu erhalten, und anderswo wollte er keine weiter angelegt wissen, als in den königlichen Höfen; denn da Karl und seine Nachfolger keine beständigen Sizze hatten, und bald in den alten, bald in den neu errichteten Städten ihren Hof aufschlugen, so hatten sie auch ihre Pfalzgrafen

a) Georgisch corp. jur. Germ. antiq. S. 1143.

und jene Leute in ihrem Gefolge, die von Seite des Kaisers zu den Messen gebraucht wurden. Hier wurden dann Münzen geprägt, Zölle gefodert, Streitigkeiten entschieden; und das waren also die bequemsten Orte, Messen zu halten. — Die Zeit, zu welcher diese Messen gehalten wurden, war verschieden. Man hatte schon Wochenmärkte, und diese wurden gewöhnlich am Samstage, oft auch am Dienstage gehalten. Die alljährigen Messen feierte man in Städten oder königlichen Burgen, entweder nach der Bestimmung des Königs, oder sie wurden bey Gelegenheit eines Heiligenfestes (daher sie auch von den dabey gehaltenen Messen den Namen haben) gefeiert.

§. 27.

Diese bisher erwähnten Messen wurden zu gewissen Zeiten und an bestimmten Orten gehalten. Allein, je nachdem die Umstände waren, gab es auch außerordentliche. Zwar waren die Messen, die bey Gelegenheit der Reichstage im März, und nach Pipin auch im Herbst gehalten wurden, ordentliche; da aber später die Zeit der Reichstage nicht mehr so genau beobachtet wurde, und es auch außerordentliche Reichstage gab, so wurden auch außerordentliche Messen veranstaltet. Der Ort, wo sie gehalten wurden, war nicht in der Stadt selbst, wo die Geschäfte des Reichstags

verhandelt wurden, sondern der freie Himmel. So lange die Messe nicht eingeläutet war, durfte man keine Waare feil biethen; erst dann begann sie. Während dieser Zeit ruhte die Gerichtsbarkeit des ordentlichen Richters, und wurde vom Kaiser, so wie das Zoll- und Münzrecht, ausgeübt, gewöhnlich hatte aber der Kaiser seinen Marschall, der in seinem Namen alles besorgte. — Andere außerordentliche Messen gab es bey Gelegenheit der Turniere. Da sich auch hier eine große Volksmenge einzufinden pflegte, so war es ganz natürlich, daß der Kaiser auch da Messen veranstaltete.

Bisher sahen wir, daß nur der Kaiser das Recht ausübte, Messen anzuordnen. Denn was die außerordentlichen betrifft, so hing es von seinem Willen ab, allgemeine Reichs - Tage zu veranstalten, Turniere zu feiern, also auch bey dieser Gelegenheit Messen zu bestimmen; in Rücksicht der ordentlichen wissen wir, daß sie ebenfalls vom Kaiser abhiengen; ihm nur kam das Recht zu, einen Richter dahey zu bestellen, Zölle zu fodern, und alle übrigen Erträgnisse zum Vortheile seiner Kammer zu benützen.

§. 28.

So wie sich selbst schon unter den Karolingern allmählig die teutsche Verfassung änderte, und die in den Provinzen aufgestellten Herzoge mächtiger wurden,

wie die Alleinherrschaft der Kaiser immer mehr eingeschränkt wurde, so tratt auch rücksichtlich der Messen manche beträchtliche Veränderung ein. Schon konnten es die Herzoge wagen, eigenmächtiger bey ihren Unternehmungen zu Werke zu gehen, und so legten sie auch verschiedene Messen an; vergebens widersezte sich Karl der Kahle. *a)* Unter Lothar I. unterschied man schon zwischen dem Rechte, Messen anzulegen, und Messprivilegien. *b)* Weit aber den Herzogen die Messen ohne Messprivilegien mehr eine Last zu seyn schienen, indem sich Kaufleute in der Provinz aufhielten, ohne dem Herzoge einen Vortheil zu gewähren, so legte keiner so leicht Messen an, wenn er nicht auch einige Privilegien erhalten hatte. Vor allem suchten Geistliche und Weltliche die ihnen so verhassten Personen von den Messen wegzubringen — die öffentlichen Richter, *c)* und an ihrer Stelle übten sie selbst Gerichtsbarkeit aus. Weil ihnen aber ihre bloße Ausübung wenig Nutzen gab, so erlangten sie auch das Recht, bey den Messen Zölle anzulegen, oder die schon eingeführten einzunehmen. Eben so erhielten

a) Baluc. T. II. capitular. S. 182.

b) Muratori. Tom. V. col. 193.

c) Mabillon de re dipl. L. VI. S. 544.

ſie auch durch Privilegien die Vortheile des Münzrechts, und die übrigen, die der Kaiſer in Hinſicht von Maas und Gewicht bezogen hatte. Durch dieſe groſſe Freigebigkeit, beſonders der Ottonen, *a)* wurde das kaiſerliche Recht auf Meſſen immer mehr geſchwächt; und war es gleich Heinrich V. Plan, *b)* auf einmal den geiſtlichen und weltlichen Ständen alle verliehenen Regalien zu entreiſſen, ſo wurde er doch nicht ausgeführt; Friedrich II. mußte fogar alle den Ständen verliehenen Privilegien, und Wilhelm fogar jene beſtätigten, die auf was immer für eine auch unerlaubte Art erworben worden.

§. 29.

Das größte Hinderniß im Kommerz machte das fatale Faufrecht, das gerade in dieſen Zeiten herrſchte. So wie Teutſchland in den frühern Zeiten durch die Einfälle der Normannen und Hunnen ſehr beunruhigt wurde, ſo ward es damals durch innre Verwirrung und Anarchie zerrüttet. Um doch einigermaßen die Sicherheit der Privaten herzuſtellen, baute man neue Städte; da man alſo nur in dieſen Städten Sicherheit

a) Labbei t. I. S. 776.

b) Pet. Diac. L. 4. cap. 35.

finden konnte, so waren sie auch die einzigen Orte zum Handelsverkehr. Wer immer das Recht erhielt, Kloster oder Burg mit Mauern zu umgeben, konnte eben deswegen erst auf Einführung von Messen bedacht seyn, und liefs sich mit den Stadtrechten auch das Recht der Messen nebst anderen Rechten — der Zölle, Gerichtsbarkeit — ertheilen. *a)*

Das wichtigste Mittel gegen die Unruhen des Fauftrechts bestand in der Verbindung mächtiger Städte, wie auf solche Art 1255. der sogenannte Rheinische Bund von 70 Städten zu Stande kam, und ein Bündniß, das 1241 anfangs nur zwischen Lübek und Hamburg geschlossen war, in der Folge noch weit erheblicher wurde, als daraus die auf etliche Jahrhunderte fortgewährte Hanse erwuchs, die bald eine beträchtliche Seemacht vorstellte, und vielen teutschen Städten die beste Anlage zur Handlung gab. Ob schon in den Städten selbst das Kommerz mit Sicherheit getrieben werden konnte, so war dadurch für die Sicherheit der herbeykommenden Kaufleute doch noch nicht gesorgt. Von den Burgen geschahen häufig räuberische Ausfälle auf reisende Handelsleute; denn wie Göz

a) Dipl. v. 1376. in Frankfurter Privilegiis. (in Pfeffinger.)

von Berlichingen in seiner Lebensbeschreibung sagt:
 „Der Adelichste war der grösste Räuber.“ Bey allem dem war die Handlung doch ziemlich im Gange, wozu besonders die Verbindung Teutschlands mit Italien beytrug; und da den Ständen sehr viel daran lag, sie in einigem Flore zu erhalten, so bemühten sie sich, die Kaufleute auf ihren Reisen zu sichern. Sie bewirkten also nicht nur den sogenannten Gottesfrieden (treuga Dei), sondern erhielten auch für alle, die auf Messen giengen, sicheres Geleit. Allein, so wenig der Gottesfrieden gehalten wurde, eben so wenig konnte auch in der Folge das kaiserliche Geleit von Wirksamkeit seyn, da die kaiserliche Macht und Ansehen immer mehr sank. Friedrich II. erließ zwar eine Verordnung, *a)* wie die Messen im teutschen Reiche gehalten werden sollten. Allein, es fehlte ihm an Kraft, seine Befehle auch in Vollzug zu bringen. Man fand sich daher gezwungen, die Sicherheit des Kommerzes von Nachbarn zu erkaufen. Wollten also die Kaufleute auf Messen ziehen, so mußten sie sich von jedem Herrn eines besondern Territoriums sicheres Geleit durch Geld erkaufen. Nur die Landesherren konnten also die reisenden Handelsleute durch Geleite sichern,

a) Konstitution v. Jahre 1232.

und nunmehr finden wir die meisten Beispiele, daß die Landesherren selbst neue Messen anlegten *a)*. Diese Messen aber, die von den Landesherren angelegt, oder den Städten verliehen wurden, waren freilich damals von denen verschieden, die kaiserliche Privilegien für sich hatten; diese erstreckten ihre Wirksamkeit auf das ganze Reich, jene nur auf das Territorium, in dem sie gegeben wurden.

§. 30.

Diese Verschiedenheit wurde durch den Landfrieden unter Max I. aufgehoben, und ertheilte wieder allen, die durch ganz Teutschland Handel trieben, das sichere Geleit, und so erlangten auch alle von den Ständen angelegten Messen durch ganz Teutschland ihre volle Wirksamkeit, ohne daß es nöthig war, ein besonders Geleit für selbe bey dem Kaiser nachzufuchen. Doch wußten sich verschiedene Stände die Vortheile des Geleits zu erhalten *b)*.

a) Pfeffinger Vit. ill. L. III. Tit. 2. §. 153 u. 34. wo noch mehrere den Städten ertheilte Privilegien etc. angeführt werden.

Horix de iur. inf. etc. c. 3. §. 21. S. 163.

b) So ließ sich der Erzbischof von Mainz i. J. 1498. das Recht, von den zu den Messen nach Frankfurt gehend,

Nach verschiedenen Abwechslungen im dreissig-jährigen Kriege, und nach dem darauf erfolgten westphälischen Frieden wurde die heutige Verfassung Teutschlands förmlich gegründet. — Es ist also zu untersuchen übrig, ob auch nach Grundsätzen des heutigen Staatsrechts die Messen zu den kaiserlichen Reservatrechten gehören.

§. 31.

Die besten teutschen Staatsrechtslehrer ^{a)} schwanken in der Lehre von den Messen. Um dem Landesherrn ein

den Kaufleuten Geleitsgeld zu fodern, vom Kaiser bestätigen. Lünig spic. eccl. cont. I. S. 99.

a) Moser im Staatsrecht B. V. K. I. §. 2. rechnet zwar das Recht, Messen anzulegen, ohne Unterschied zu den kaiserlichen Reservatrechten, da er sagt: „Ein uraltes kaiserliches Reservat ist, einem Ort das Recht zu verstatten, dass es öffentliche Messen, Jahr- oder Wochen- oder andere Arten von Messen halten dürfe.“ Gleich darauf widerspricht er §. 5.: „Messrecht zu verleyhen, wird von denen teutschen Staats-Rechts-Lehrern als ein privatives kaiserliches Reservat angegeben, also, dass kein Stand des Reichs in seinen Landen dergleichen anzuordnen befugt seye; allein so lange man obbesagtermassen keinen rechtlichen Unterschied zwischen

Recht nicht abzusprechen, das ihm mit voller Gewissheit zukommt; andererseits aber dem Kaiser nicht alles vom Rechte der Messen zu nehmen, unterscheiden sie feierliche und nicht feierliche Messen (Jahrmärkte) *a)*. Die ersten rechnen sie zu den kaiserlichen Reservatrechten; die zweiten eignen sie dem Landesherrn zu. Die Wirkung der feierlichen, sagen sie, erstrecke sich auf ganz Teutschland; der der letztern nur auf das Territorium, wo sie veranstaltet worden. — Allein, was sind feierliche Messen — und was nicht feierliche, oder Jahrmärkte? Selbst Moser *b)*, der Vater unsers teutschen Staatsrechts, sagt: „Wie Messen von Jahrmärkten unterschieden seyen, ist schwer zu sagen, wann man nicht a posteriori davon urtheilen will, da nämlich die allerberühmtesten Märkte, welche von den fremden Käufern, und Verkäufern am stärksten besucht werden, diesen Namen zu

einer Mess und Jahrmarkt angeben kann, ist dieses ganze Vorgeben ohne den allergeringsten Grund.“ — Also — ein Reservatrecht und — keines! —

a) Diesen Unterschied nimmt auch Pfeffinger an. T. III. S. 191.

b) Moser a. angef. O.

zu tragen pflegen, sondern beschreiben solle, worin sie ihrer Form und Art nach von einander abgehen. Und ich weis es wirklich nicht zu sagen, noch finde ich irgendwo etwas gründliches davon. Man schreibt zwar, daß sie im ganzen römischen Reich dafür anerkannt würden, und solche könne niemand geben, als der Kaiser; das heist aber nichts gesagt; dann der Kaiser giebt auch gemeine Jahr- und Wochenmärkte, welche also jener Beschreibung nach auch Messen wären.“

So unbedeutend die Frage zu seyn scheint, ob zwischen feierlichen und nicht feierlichen Messen ein Unterschied sey: so wichtig ist sie doch. Denn sind beide einerley, und ist es gewiss, daß das Recht, nicht feierliche Messen anzulegen, in der Landeshoheit begriffen sey, so hat auch jeder Fürst das Recht, Messen in seinem Lande anzulegen, und dann ist dies Recht für kein kaiserliches Reservatrecht zu halten ^{a)}. — Der Gegenstand kam in diesem Jahrhundert sehr lebhaft zur Sprache, da Chur-Mainz in Mainz eine feierliche Messe errichten, seinen Bürgern das Befuchen der frankfurter Messe verbieten wollte;

^{a)} Häberlin's Repertorium des teutschen Staats- und Lehenrechts. III. Th. Messen, S. 445.

worüber Frankfurt, als über eine Verletzung seiner Privilegien, Beschwerde führte. In einem Gutachten *a)*, welches bey dieser Gelegenheit von Pütter abgefaßt wurde, sagt auch er, daß man unter feierlichen Messen und nicht feierlichen oder Jahrmärkten unterscheiden müsse. Feierliche Messen zu errichten, rechnet er zu den kaiserlichen Reservatrechten, nicht feierliche aber zu den landesherrlichen Rechten. Den Erkenntniß - und Unterscheidungsgrund zwischen feierlichen und nicht feierlichen Messen findet Pütter *b)* darin,

a) Daß auf solennen Messen Geschäfte en gros, auf nicht feierlichen aber en detail getrieben werden.

b) Jene werden meistens von ausländischen Käufern und Verkäufern; diese nur von inländischen besucht.

c) Die Befreiungen einer nicht feierlichen Messe äußerten ihre Wirkungen nur intra limites territorii — die der solennen durch das ganze Reich.

a) Pütter's auserlesene Rechtsfälle. II. Band. III. Th. Respons. 226. S. 804.

b) Pütter inst. jur. publ. L. VIII. §. 360. S. 420.

Nach diesen Begriffen behauptet Pütter die Qualität eines kaiserlichen Reservatrechts bey Anlegung der Messen deswegen, weil solche Freiheiten, wie sie bey solennen Messen statt finden, nicht nur innerhalb eines reichsständischen Gebietes, sondern in allen teutschen Ländern, ihre Wirkungen äuferten, und solche Privilegien nur der Kaiser ertheilen könne, und weil diese Rechte, ohne ein solches Privileg zu haben, Niemand mit der Kraft sich anmassen könne, daß sie im ganzen Reiche anerkannt werden müssen. Auch das Herkommen spreche für den Kaiser, indem von allen der üblichen grossen Messen keine wäre, welche nicht durch kaiserliche Privilegien ihre Freiheiten erhalten hätten. Die frankfurter Messen hätten ohnedieß in einem kaiserlichen Privileg ihren Grund, und die leipziger Messe wurde seit Max I. von mehrern Kaisern bestätigt.

§. 32.

Die Unterscheidungsmerkmale, die zwischen feierlichen und nicht feierlichen Messen angenommen werden, scheinen weder aus der Natur solcher Messen, noch aus den dabey verliehenen Privilegien zu fließen, und Pütter hat etwas in sie hineingelegt, was wohl ursprünglich darin nicht lag. —

Verschiedenheit der Geschäfte kann kein Unterscheidungsgrund zwischen feierlichen und nicht feier-

lichen Messen seyn. Es können Umstände eintreten, daß an einem Orte, wo bis jetzt eine sogenannte feierliche Messe war, und alles en gros verkauft wurde, nunmehr fast alles en detail verkauft würde. Müßte aber deswegen eine solche Messe aufhören, in rechtlicher Hinsicht eine feierliche zu seyn? — oder würde ein Landesherr, wenn in einer Stadt seines Territoriums, auf einem bisher sogenannten Jahrmarkte, den er oder einer seiner Vorfahren anlegte, die Handlung durch Begünstigung verschiedener Umstände allmählich so blühend würde, daß die Geschäfte eine Ausdehnung erreichten, wie in den ansehnlichsten Handelsstädten Europens — würde dieser Landesherr wohl ein kaiserliches Privileg nöthig haben, um befugt zu seyn, die Handlungsgeschäfte in dieser Ausdehnung fortzusetzen? Man sieht Handelsstädte verblühen, und wieder sich emporarbeiten. Daß in einer Messe alles oder doch größtentheils en gros verkauft wird, ist ganz zufällig.

So wenig aus der Natur der Sache die Führung der Geschäfte en gros ein Unterscheidungsgrund zwischen feierlichen und nicht feierlichen Messen seyn kann, eben so wenig ist der Unterscheidungsgrund auch in den Privilegien enthalten, die von den Kaisern solchen Messen gegeben wurden. Wenn wir die vielen Bestätigungs- und Befreiungsurkunden durch-

gehen, die Frankfurt und Leipzig von verschiedenen Kaisern erhielt, so finden wir auch nicht ein Wort von dem ausschließenden Rechte, nur en gros handeln zu dürfen, und dieß konnte auch wohl kein Gegenstand eines kaiserlichen Privilegs seyn; denn die Geschäfte, die auf den großen Messen gemacht werden, hängen vom Zuge der Handlung, und von allen den Umständen ab, die das Kommerz bestimmen — keineswegs von kaiserlichen Privilegien.

Bremen und Hamburg haben keine sogenannten feierlichen Messen, und treiben doch so große Geschäfte, als auf feierlichen Messen getrieben werden. Wie können also Geschäfte ein Unterscheidungsgrund zwischen feierlichen und nicht feierlichen Messen seyn?

§. 33.

Dafs aber Ausländer auf die sogenannten feierlichen Messen kommen, kann eben so wenig ein Merkmal seyn, wodurch sie sich von nicht feierlichen unterscheiden; so wie es kein Grund seyn kann, dafs deswegen zu den ersten ein kaiserliches Privileg nöthig sey. Ausländische Käufer und Verkäufer können auch auf eine nicht solenne Messe ziehen, und werden sie besuchen, wenn sie ihr Vorthail und der

allgemeine Zug und Kredit der Handlung hinholt. Und wozu sollte ein Landesherr ein kaiserliches Privileg nöthig haben, damit auch Ausländer auf seine von ihm errichteten Messen kommen dürfen, da doch schon der Land- *a)* und Westphälische *b)* Friede für die Freiheit und Sicherheit der durch die verschiedenen Territorien ziehenden Handelsleute sorgen, und weder der Kaiser noch andere Stände befugt sind, das Kommerz eines Reichsstandes zu hindern? Da, wo das Gesetz ein Recht zugesteht, braucht man, um seiner Wirkungen gewiss zu seyn, nicht noch ein Privilegium. So wie in keiner den Städten Frankfurt und Leipzig von den Kaisern gegebenen Urkunde etwas vom Rechte enthalten ist, ausschließend auf solchen Messen en

a) Landfriede v. 1548. Tit. I. §. 2. „soll ein jeder des andern Unterthanen, geistlich und weltlich, durch seine Fürstenthum, Landschaften, Grafschaften, Herrschaften, Oberkeit, Gebiet, frey, sicher und ungehindert wandern, ziehen und werben lassen.“

b) I. P. O. Art. IX. §. 2. „Sit commercium libertas et transitus ubique locorum, terra marique tutus, adeoque ea omnibus et singulis utriusque partis foederatorum vasallis, subditis, clientibus et incolis, eundi, negotiandi, redeundique potestas data sit, virtuteque praesentium concessa intelligatur.“

gros zu handeln, eben so wenig findet sich auch das Recht, daß nur auf diese Messen ausschliessend Ausländer kommen dürfen.

§. 34.

Wenn sich die feierlichen Messen von den nicht feierlichen auch nicht in Hinsicht der Geschäfte, die auf selben getrieben werden, noch in Hinsicht des Rechts, daß auf selben Ausländer Handel treiben dürfen, unterscheiden; so soll sich doch, wie einige behaupten, ein Unterschied zwischen feierlichen und nicht feierlichen Messen rücksichtlich der Privilegien finden, die solchen sogenannten feierlichen Messen von den Kaisern gegeben worden sind? Allein man kann unter den Messprivilegien nicht das Recht verstehen, das die Kaiser in den ältern Zeiten verliehen, eine Messe errichten zu dürfen; denn sonst hätten wir eine Menge sogenannter feierlicher Messen in Teutschland. Als die Kaiser noch Stadtrechte in den Territorien ertheilten — ein Recht, das offenbar nunmehr aufhörte, ein kaiserliches Reservatrecht zu seyn — haben wir sehr viele Beyspiele, wie uns Pfeffinger *a)* zeigt, daß die Kaiser das Recht ertheilten, Messen in selben zu halten.

a) Pfeffinger Vittr. L. III. Tit. 2.

Würde man diese Messen feierliche nennen, weil sie ihren Entstehungsgrund von dem Kaiser, als er noch das Recht hatte, selbe anzulegen, haben, so würden wir manchen Wochenmarkt feierliche Messe nennen dürfen; denn das Recht, auch diese zu errichten, wurde einst von den Kaisern erhalten. Wenn wir von dem Rechte, Messen anzulegen, sprechen, so müssen wir dies Recht wohl von den Privilegien unterscheiden, die auf solchen Messen gegeben werden; das Recht, Messen anzulegen, kann nicht aus einer und der nämlichen Quelle — aus dem *jure privilegiorum* fließen. Von einzelnen Privilegien, die doch unstreitig nicht im Begriffe einer Messe liegen, und die der Kaiser einer von ihm selbst (da er noch das Recht hatte) errichteten, oder vom Landesherrn angelegten Messe verlieh, läßt sich nicht auch auf das Recht, Messen anzulegen, schliessen.

§. 35.

Dafs einst die Kaiser das Recht hatten, Messen anzuordnen, ist ganz richtig. Allein nach völliger Ausbildung der Landeshoheit änderte sich alles in dieser Hinsicht. Das Recht des Kaisers, Stadtrechte zu ertheilen, erlosch, und gieng auf die Landesherren über. Die Gerichtsbarkeit auf den Messen kann der Kaiser nicht mehr ausüben, und eben deswegen Niemand

die Ausübung der Gerichtsbarkeit verleihen, a) oder Jemand zum Nachtheile der Landeshoheit eine Befreiung durch ein Privileg geben. Meßzölle zu fordern, kömmt jedem Landesherrn zu, und der Kaiser hat heut zu Tage nicht mehr das Recht, Befreiungen b) von den Zöllen der Reichsstände zu geben. Das Münzrecht gehört zwar zu den kaiserlichen Re-

a) Wahlkap. Kap. II. Art. 15. §. 2. „Keinem Churfürsten, Fürsten und Stand (die unmittelbare Reichs-Ritterschaft mitbegriffen) seine Unterthanen von deren Botmäßigkeiten und Jurisdictionen exemiren und befreien.

b) Wahlk. Art. 8. §. 24. u. 25. „und nachdem vormals die Churfürsten, Fürsten und Stände an dero an schiffbaren Strömen, und sonst habenden Zöllen, mit vielen und grossen Zoll-Freiungen über ihre Freiheit und Herkommen, oftmals durch Beförderungs-Briefe auch Exemptions-Befehl und zum Präjudiz der Churfürsten und Ständen Zoll Gerechtigkeiten ertheilte Privilegien und in andere Weg erfucht und beschwert worden, so sollen und wollen Wir solches als unerträglich abstellen, fürkommen, und zumalen nicht verhängen, noch zulassen, forthin mehr zu üben, noch zu beschehen, auch keine Exemptions-Privilegia mehr ertheilen, und die, so darwider ohne Consens des Churfürstl. Collegii bey vorigen Kriegen ertheilt worden, sollen cassirt und ab seyn.“

servatrechten *a)*), aber es hörte ganz auf (besonders nachdem der Gebrauch der Wechsel häufiger geworden), daß das Geld gerade an den Orten, wo Messen gehalten wurden, geprägt wurde; und so kann es als ein Messprivilegium nicht angesehen werden. Mit Sicherheit das Kommerz treiben zu können, hängt nicht mehr von einem Privileg, sondern von ausdrücklichen Reichsgefezen ab. Wer immer diese Sicherheit stört, wird für einen Landfriedenbrecher gehalten, und kann *via facti* zur Pflicht gewiesen werden. Eben so wenig nützt jetzt mehr die kaiserl. Befreiung von Arresten; denn zufolge des Landfriedens kann niemand damit belegt werden, außer in so weit gegen den zu Verhaftenden in Rücksicht der Hauptverbindlichkeit die Gerichtsbarkeit gegründet ist, und dieser kann auch durch kein Privilegium von der landesherrlichen Gerichtsbarkeit eximirt werden, so wenig als dem Rechte *de non avocando* *b)*) entgegen gehandelt werden darf.

a) Reichsabsch. v. 1570. „alsdann auch die Münzgerechtigkeit kein Mercanz, sondern Unser kaiserl. Regal, so die Münzstände aus Unserm sondern Vertrauen u. s. w.“

b) Wahlkap. Art. 1. § 8. „Wir wollen weder denen Reichsgerichten, noch sonst jemand, wer die auch seyn, gestatten, daß denen Ständen in ihren Territoriis

Dem Kaiser das Recht auf Messen, und sey es auch nur auf sogenannte feierliche, zugestehen, würde offenbar dem Sinne der Wahlkapitulation Art. 7. §. 4. ^{a)} widersprechen. Hiesse es nicht, ein Monopol ertheilen, wenn der Kaiser einem Landesherrn oder einer Stadt das Recht ausschliessend ertheilen würde, allein *en gros*, oder allein mit Fremden zu handeln? — Und würde dieses Recht jedem Landesherrn und jeder Stadt auf Ansuchen zugestanden, so verlöre es ja die Eigenschaft eines Privilegs.

§. 36.

Weil dem Landesherrn vermöge der Landeshoheit (§. 12.) die Regierung seines Territoriums zukommt, kraft welcher er auch im politischen alles verfügen kann, was der Nutzen seines Landes fodert; und da

in Religions-, Politischen- und Justizsachen, *sub quocunque praetextu*, wider den Friedensschluss vor- oder eingegriffen werde.“

^{a)} „Keineswegs auch jemanden einige Privilegia und Monopolia (es geschehe solches bey Kaufhandel, Manufakturen, Künsten und anderen in das Polizeiwesen einlaufenden Sachen, oder wie es sonst Namen haben möge, ertheilen, sondern, da dergleichen erhalten, dieselbe als denen Reichs-Satzungen zuwider, abthun und aufheben.“

die Reichsgeseze in Hinsicht der Messen keine Ausnahmen machen (§. 13), so ist das Recht des Landesherrn auf Messen unwidersprechlich , und in diesem Rechte sind alle übrigen mitbegriffen , ohne welche das Recht , Messen anzulegen , unwirksam wäre. Auf so einer Messe kann nach Belieben Handel im Großen und Kleinen getrieben werden , und nicht nur den Bürgern dieses Territoriums , sondern auch Auswärtigen ist es erlaubt , auf solche Messen zu kommen ; diese Handelsfreiheit kann der Kaiser nicht beschränken. Der Landesherr hat das Recht , Fremde durch Ertheilung verschiedener Befreiungen und Privilegien auf seine Messen zu ziehen , Sicherheit gegen Arreste zu versprechen , Befreiungen von Zöllen zu geben , Handlungs- und Wechselgeseze festzusetzen , Maas und Gewicht zu bestimmen , und alles , was des Staates Vorthail fodert , zu verfügen.

§. 37.

Indessen ist keineswegs zu läugnen , dafs , weil dem Landesherrn jezt das Recht zukommt , Messen anzulegen , deswegen doch den in den frühern Zeiten vom Kaiser auf Messen verliehenen Privilegien ihre Wirkung nicht entzogen werden könne. Horix ^{a)}

^{a)} Horix de jure inst. nund. c. 4. §. 5. &c.

Hoerl, Xaver

Versuch einer Abhandlung über den Rechtsgrund der Kaiserlichen Reservat-
Rechte

Landshut 1802

J.publ.g. 345

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10559592-0